

Zeitweiliger Ausschusses zur Aufklärung des Umgangs des Schweriner Jugendamtes mit den Fällen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Verein „Power for Kids“

Sondervotum der Fraktion DIE LINKE

Die Linksfraktion ist der Auffassung, dass die tragischen Vorfälle, die zur Einsetzung des Ausschusses führten, und dessen Arbeit nicht als Wahlkampf-Instrumente taugen.

Der Abschlussbericht des zeitweiligen Ausschusses beinhaltet bedauerlicherweise in mehrfacher Hinsicht gravierende fachliche Mängel und ist tendenziös.

Der Diskussion und Bewertung der von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Maßnahmen wurde im Ausschuss weder Raum noch Zeit eingeräumt. Eine entsprechende Kritik wurde lediglich zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss konnte somit seiner Aufgabe, der Stadtvertretung entsprechende abgewogene und geeignete Vorschläge zu unterbreiten, nicht gerecht werden. Dies wird auch durch die im Abschlussbericht vorgeschlagenen Maßnahmen deutlich. Diese bleiben weit hinter den Handlungsempfehlungen der Untersuchungsführerin sowie hinter dem Maßnahme-Katalog der Oberbürgermeisterin zurück und sind in Teilen fragwürdig.

So wird „offene Kinder- und Jugendarbeit“ (im Bericht als „offene Kinder- und Jugendhilfe“ bezeichnet) mit der Arbeit des privatrechtlichen Vereins „Power for Kids“ gleichgesetzt. Statt regelmäßig von dem Verdacht der Kindeswohlgefährdung zu sprechen, wird mit heutigem Wissen im Bericht zu jedem Betrachtungszeitraum von einem Tatbestand ausgegangen.

Der Versuch, die Definition eines unbestimmten politischen wie ebenso unbestimmten Rechtsbegriffes wie dem der „politischen Verantwortung“ über lückenhafte Darstellungen aus „wikipedia“ konstruieren zu wollen, ist abenteuerlich und ein herausragendes Beispiel für die „mangelhafte Qualität“ des Berichtes.

In keiner Weise geht der Bericht auf die Verantwortung der Eltern und des Vereins sowie des Vereinsumfeldes ein. Kindern, Jugendlichen und Eltern muss deutlich gemacht werden, dass jede Form von Übergriffigkeit, auch von verbaler Übergriffigkeit, sowie jegliche Art von sexuellem Missbrauch inakzeptabel und strafbar ist und zur Anzeige gebracht werden muss.

Die Leiterin des Amtes für Jugend, Schule und Sport ist nicht, wie der Bericht suggeriert alleinig von der Oberbürgermeisterin, sondern im Einvernehmen mit ihr vom Hauptausschuss der Stadtvertretung ohne Gegenstimme im August 2013 eingesetzt worden (s. Beschlussvorlage und Beschluss Drs. Nr. 01566/2013 vom 06. bzw. 13.08.2013).

Auch der Wiedereinsetzung in ihre Aufgaben für die Jugendhilfe, nach zeitweiliger Entbindung davon, hat der Hauptausschuss als personalverantwortliche Stelle nicht widersprochen.

Zeitweiliger Ausschusses zur Aufklärung des Umgangs des Schweriner Jugendamtes mit den Fällen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Verein „Power for Kids“

Die Verantwortung des Fachdezernenten in diesem ganzen Verfahren wird vom Ausschuss weitgehend ausgeblendet. Dieser war jedoch fachlich zuständig sowohl für die inhaltliche, organisatorische, verwaltungsrechtliche wie personelle Leitung des Amtes.

Dem Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses wird sogar der juristische Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ abgesprochen. Aus der Aussage, des Schulsozialarbeiters, wonach dieser sich nicht an die mündliche Vereinbarung der Vertraulichkeit in Bezug auf die Information über Vorfälle im Verein erinnern könne, schlussfolgert der Ausschuss in unzulässiger Weise, dass es diese Vereinbarung nie gab.

Zur Einbeziehung der Oberbürgermeisterin stellt der Bericht des zeitweiligen Ausschusses fest, dass diese selbst keine Kenntnis von dem Verdacht der Kindeswohlgefährdung hatte.

Neben den Vorschlägen der Untersuchungsführerin und der Oberbürgermeisterin schlägt die Linksfraktion der Stadtvertretung vor, die zusätzliche Einrichtung von 1,5 (2x 0,75) Personalstellen für Sozialarbeiter/innen im ehemaligen Einzugsgebiet des Vereins „Power for Kids“ zu prüfen.

Unterstellungen, die unabhängige Untersuchungsführerin (und mit ihr die Amtshilfe des Kommunalen Sozialverbandes M-V) hätten den Bericht bewusst „auffallend lückenhaft“ in Bezug auf die Mitverantwortung der Oberbürgermeisterin abgefasst, sind offensichtlich politisch motiviert, entbehren jeglicher Grundlage und sind als unsachlich und unrichtig zurückzuweisen. Hier wäre durch die Betroffenen tatsächlich zu prüfen, inwieweit Rechtsmittel eingelegt werden sollten.

Die Linksfraktion dankt allen, die an der Arbeit des Ausschusses aktiv mitgewirkt haben, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die den Ausschuss technisch, verwaltungstechnisch, organisatorisch und durch die Bereitstellung der angeforderten Unterlagen begleitet haben.

Die Linksfraktion dankt den Sachverständigen, die sich dem Ausschuss zur Verfügung gestellt haben.

Schwerin, den 06.07.2016

Fraktion DIE LINKE

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin